



Grußworte

zur

**49. Bundestagung
des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU (EAK)**

am

7. Juni 2013

in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin



Hans-Georg von der Marwitz
Mitglied des Deutschen Bundestages

Grußwort zur 49. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 7. Juni 2013

Als Ländervorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Berlin/Brandenburg heiße ich Sie zur diesjährigen Bundestagung herzlich willkommen.

Wir tagen heute in Berlin. Deutschlands Metropole zeigt vielleicht mehr als jede andere Großstadt unseres Landes das spannungsreiche Verhältnis von Staat und Kirche auf. Über die Hälfte der Bevölkerung gehört keiner Konfession an. Nur 28% der Bevölkerung sind Mitglied einer der beiden großen christlichen Kirchen. In Brandenburg sind sogar mehr als 75% der Einwohner konfessionslos; nur ca. 20% gehören einer christlichen Kirche an.

Gleichwohl besteht der Anspruch der Kirchen, aktiver Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu sein. Während die Einziehung der Kirchensteuer durch den Fiskus bereits bundesweit zum Gegenstand von Debatten geworden ist, gibt es hier weitere spezifische Probleme, insbesondere im Bereich der Bildung. Der Religionsunterricht als gleichberechtigtes Schulfach bleibt in Berlin beispielsweise weiterhin ein frommer Wunsch – auch wegen der Blockade entsprechender Initiativen durch die SPD und insbesondere durch den regierenden Bürgermeister.

In Brandenburg sieht die Situation etwas anders aus. Die Einsparungen des Landes im Bildungsbereich haben in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer verstärkten Entstehung von Schulen in freier Trägerschaft geführt. Gerade konfessionelle Bildungseinrichtungen konnten sich entfalten. Jetzt hat sich die rot-rote Landesregierung zum Ziel gesetzt, diese Entwicklung zur Vielfalt im Bildungswesen einzudämmen. Der ideologische Hintergrund dieses Handelns ist hier nicht zu übersehen.

Weitere Konfliktfelder zeichnen sich ab: Das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, Leihmütter, aktive Sterbehilfe, die Heiligung des Feiertages – bisherige Überzeugungen werden in Kirche und Gesellschaft zusehends in Frage gestellt.

Woran liegt das? Könnte es sein, dass wir als Christen unseren Glauben nicht aktiv und deutlich genug leben? Vermitteln wir den Eindruck, unsere Wertvorstellungen seien austauschbar? Dass wir selbst den Feiertag nicht mehr heiligen? Dann haben wir in der Tat schlechte Karten! Denn wieso sollten an einem Sonntag die Kirchenglocken den Langschläfern ihre Ruhe nehmen, wenn die Gottesdienstbesucher an einer Hand abzählbar sind? Kann eine

christliche Minderheit wie in Berlin und Brandenburg von einer nicht konfessionsgebundenen Mehrheit mit gesetzlichem Verbot verlangen, am Karfreitag nicht zu tanzen?

Wenn Religion nur noch als Sonderinteresse einiger weniger wahrgenommen wird, erscheint sie schließlich als Fremdkörper im öffentlichen Raum. Der Ruf nach einer klaren Trennung von Kirche und Staat wird dann immer lauter. Gleichzeitig ermöglicht unsere Verfassung eine Verflechtung von Staat und Kirche an vielen Punkten – ein Modell für die Zukunft?

Vor diesem Hintergrund wird die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche verstärkt in der Diskussion stehen. Als EAK wollen wir eine deutlich wahrnehmbare Stimme in dieser Debatte sein. Als Christen können wir uns den Entwicklungen der Gegenwart nicht entziehen und müssen als aktiver Teil der Gesellschaft wirken. Die oft geforderte „Entweltlichung“ kann es für uns nicht geben.

Wir treten als Evangelischer Arbeitskreis für eine christlich fundierte Politik ein. In guter protestantischer Tradition wollen wir in die Gesellschaft, aber vor allem auch in unsere CDU hineinwirken, um immer wieder auf den Grund zu verweisen, der allem unserem Handeln gelegt ist. Und dieser ist uns klar benannt: „Denn einen anderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.“ (1. Korinther 3, 11)

Darauf müssen wir uns konzentrieren, wenn uns angesichts der Entwicklung manchmal der Mut verlässt, unsere Standpunkte und Überzeugungen klar zu bekennen. „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“ Mit diesem Wort aus dem 2. Timotheusbrief 1, 7 wünsche ich Ihnen für die heutige Tagung gutes Gelingen. Mögen uns die Vorträge und Diskussionen den Blick auf die bestehenden und zukünftigen Herausforderungen schärfen.

Herzlich grüßt Sie

Ihr



An den
Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU
Herrn Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

DER BUNDESVORSITZENDE

2. Mai 2013

Lieber Thomas Rachel,
liebe Delegierte und Gäste der EAK-Bundestagung!

Anlässlich Ihrer Bundestagung schicke ich Ihnen die herzlichen Grüße der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands.

Ihre Tagung beschäftigt sich mit dem zukünftigen Verhältnis von Staat und Kirche. Dabei wollen Sie auch die gesellschaftlich-politischen und ethisch-moralischen Perspektiven in den Blick nehmen. Zu Recht beklagen Sie in der Einladung: *„Der sowohl unsere gesamte Kultur als auch unsere wesentlichen sittlich-ethischen Grundlagen mitprägende Einfluss der Kirchen und des Christentums wird immer öfter geleugnet und zum Teil sogar bekämpft.“*

Ich bin davon überzeugt: Unabhängig von der formalen und juristischen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat spielen die beiden großen christlichen Kirchen eine unerlässliche Rolle für unser Gemeinwesen, für die Politik und für den Staat. Indem sie ihre Stimme in wichtigen gesellschaftlichen Debatten – etwa zu Fragen der Bioethik - erheben, mahnen sie die politisch Verantwortlichen, innezuhalten und ihre Entscheidungen an ethischen Grundsätzen zumindest zu messen, möglichst sogar auszurichten.

Für uns in der CDA steht die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Mittelpunkt unseres Engagements. Dabei bildet die evangelische Sozialethik – neben der katholischen Soziallehre – das ethische Fundament unseres Handelns. In unserem Einsatz für eine allgemeine, verbindliche Lohnuntergrenze und gegen die Auswüchse der prekären Beschäftigung wissen

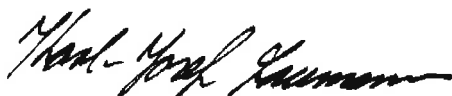
wir die Evangelische Kirche auf unserer Seite. So heißt es in einer Veröffentlichung der Kammer für soziale Ordnung der EKD aus dem Jahr 2009: *„Arbeit ist mehr als eine Ware und kann nicht nur der Logik von Warenmärkten unterliegen. Arbeitsmärkte müssen so gestaltet sein, dass die Würde der Arbeit zum Tragen kommt, zumindest aber nicht beschädigt wird.“* Und die EKD-Denkschrift *„Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“* aus dem Jahr 2006 ist für uns ein großer Schatz, auf den wir bei der Formulierung einer subsidiär ausgerichteten Sozialpolitik gern zurückgreifen. *„Das sozioethische Leitkriterium hinter der Vorstellung gerechter Teilhabe besteht darin, dass es für jede Person möglich sein muss, die Erfahrung zu machen, für sich selbst und die eigene Familie sorgen zu können.“* – Dieser Satz aus der Denkschrift ist eine der Maximen, an denen wir unsere Politik orientieren.

Für diese Orientierung, die uns die Evangelische Kirche immer wieder bietet, sind wir ebenso dankbar wie für ihre streitbaren Beiträge in den politischen Diskussionen.

Insbesondere sind wir als Christlich-Soziale dankbar dafür, dass es eine Organisation gibt, die nicht müde wird, Positionen aus der Evangelischen Kirche in die Union zu tragen und zugleich die Politik der CDU/CSU in der EKD zu vermitteln: den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür arbeiten, dass das aus der Gottebenbildlichkeit abgeleitete christliche Menschenbild die Grundlage der Politik der Union bleibt.

Aufgrund anderer Termine kann ich Ihrer Einladung leider nicht folgen. Ihrer Tagung wünsche ich einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Karl-Josef Laumann, CDA-Bundesvorsitzender

**OMV**OST- UND MITTELDEUTSCHE
VEREINIGUNG
UNION DER VERTRIEBENEN UND
FLÜCHTLINGE DER CDU/CSU

Bundesvorsitzender

Berlin, 13. Mai 2013

Grußwort

**des Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV),
Helmut Sauer (Salzgitter), anlässlich der 49. Bundestagung des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 7. Juni 2013 in Berlin**

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Thomas,
sehr geehrte Delegierte, sehr geehrte Damen und Herren,

zur diesjährigen Bundestagung im Berliner Konrad-Adenauer-Haus übermittle ich für den Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) herzliche Grüße der Verbundenheit und wünsche einen erfolgreichen Verlauf, viele interessante und fruchtbare Diskussionen sowie ein positives Medienecho.

Im Zentrum Ihrer Veranstaltung steht „**Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat**“, das es zu erörtern gilt, weil es immer wieder auch öffentlich zur Disposition gestellt wird.

Dabei ist das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland in guter Tradition bereits seit der Zeit der Weimarer Verfassung geregelt. Als 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet wurde, fanden sich die wesentlichen Formulierungen von 1919 zur institutionellen Trennung von Kirche und Staat, zur Freiheit zu jeglichem Glauben, aber auch zur Freiheit vom Glauben darin unverändert wieder. Allein dadurch wurde ein fundamentales Menschenrecht gewährleistet: das Recht auf Religionsfreiheit.

Überdies ermöglicht es die Gesetzgebung jeder Religionsgesellschaft wie auch jeder Weltanschauungsgemeinschaft, die sich einem klaren Rechte-Pflichten-Verhältnis dem Staat gegenüber unterwirft, als öffentlich-rechtliche Körperschaft zugelassen zu werden. Hiermit wird sichergestellt, dass alle betreffenden Gemeinschaften die Prinzipien unserer Verfassung einhalten und die Grundrechte nicht gefährden.

Die christlichen Kirchen in Deutschland genießen gemeinhin hohes Ansehen, weil sie in besonderem Maße für jene gesellschaftlichen Werte und Errungenschaften stehen, die unser Land im Laufe seiner Geschichte geprägt haben. Sie verdienen Respekt, weil sie sich mit außerordentlichem Ein-

satz um das Wohl unseres Gemeinwesens bemühen. Ihren Status als „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ aber haben sie, weil sie die Pflichten, die der Staat ihnen auferlegt, besonders gewissenhaft erfüllen.

Trotzdem werden gerade die christlichen Kirchen in der aktuellen Debatte immer häufiger für ihre Arbeit angegriffen. Laute Stimmen kritisieren beispielsweise „zu viele Privilegien“ und fordern mehr staatliche Kontrolle. Im gleichen Atemzug aber wollen dieselben Stimmen die sich aus dem Grundgesetz ergebenden Pflichten aufweichen, um anderen Religionsgesellschaften vorschnell die gleichen Rechte einzuräumen.

Wenn der EAK solche Angriffe als sachlich und juristisch fragwürdig sowie ideologisch motiviert entlarven und mit seiner Tagung zeigen will, dass neue Impulse für das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat nur aus der guten Tradition der Vergangenheit erwachsen können, so ist dies nur eine der Wunden, in welche die vielen engagierten Christen Ihrer Organisation immer wieder erfolgreich den Finger legen. Seit Jahrzehnten werben Sie außerdem für die Vereinbarkeit von christlichen Werten und politischen Erfordernissen, wenden sich gegen Christenverfolgung und -vertreibung weltweit und treten für den Schutz der Menschenrechte ein.

Gerade auch dieser Einsatz für die Menschenrechte eint Sie mit uns Heimatvertriebenen, Flüchtlingen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in der OMV. Aus christlichem Selbstverständnis und im Bewusstsein unserer deutschen Geschichte fordern wir seit langem, das Recht auf die Heimat nicht nur politisch, sondern auch juristisch als Menschenrecht anzuerkennen. Nur so können Vertreibungsverbrechen wirksam geächtet und zukünftig verhindert werden.

Für die Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren danke ich Dir, lieber Thomas, und Ihnen, lieber Herr Pastor Meißner und freue mich auf eine vertrauensvolle, ja freundschaftliche Fortsetzung. Wünsche für die weitere Arbeit stets Gottes reichsten Segen.

In Verbundenheit und
mit freundlichen Grüßen



Helmut Sauer

Grußwort zur 49. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Berlin, 14.5.2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
lieber Herr Rachel,

zur 49. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 07. Juni 2013 in Berlin übermittle ich Ihnen die herzlichsten Grüße der Senioren-Union der CDU. Gern nehme ich dabei die Gelegenheit wahr, Ihnen persönlich, wie allen Mitgliedern des EAK, für die gute Zusammenarbeit mit der Senioren-Union auf den unterschiedlichen Feldern der Politik zu danken.

Mit Ihrem Thema „Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat“ stellen Sie sich einer Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft, die mehr denn je die Aufmerksamkeit unserer Freunde und Mitglieder in der Union verdient.

Es ist nicht zu übersehen, dass bestimmte Gruppen in der politischen Diskussion jede Gelegenheit nutzen, ihre Vorurteile gegen die Kirche zu schüren und ihre Arbeit zu unterlaufen und zu schmälern. Wenn Gegenwehr fehlt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn schließlich auch der christliche Glaube an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird und diese sich mittelfristig selbst zerstört.

Was soll eigentlich das dumme Geschwätz von der Bevorzugung der Kirche, wonach sich diese über die Kirchensteuer vom Staat bezahlen lässt. Haben die strammen aggressiven Säkularisten unabhängig von historischen Gründen einmal darüber nachgedacht, welche Leistungen die Kirchensteuerzahler auch für jene, die keine Kirchensteuer zahlen, erbringen und die diese als selbstverständlich mitnutzen: Krankenhäuser, Kindergärten, Pflegeheime, Betreuung von sozial Benachteiligten und Rat und Tat in schwierigen Lebenssituationen etc. etc. Christlich motivierte Arbeit heißt, sich für alles einzusetzen, was die reale Freiheit bereichert und die den Bedürftigen das Leben erleichtert.

In Wahrheit geht es den Protagonisten des Zeitgeistes und Anhängern eines hemmungslosen Relativismus um die Eindämmung christlich motivierter Gestaltungsfreiheit. Alles schon 'mal dagewesen!

Also, liebe Freundinnen und Freunde des EAK, etwas mehr Mut bitte, vor allem mehr Selbstbewusstsein wie ein gerüttelt' Maß an Freude in der Auseinandersetzung mit den schrillen und modisch zeitgeistwütigen Säkularisierungsradikalen.

Mit Verlauf, sie sind nur so stark wie wir schlapp machen. Es hängt von uns selbst ab, ob das christliche Menschenbild, das es im Verlauf der Aufklärung gefunden hat, an Bedeutung verliert oder nicht. Vielleicht sollten die Laien einmal mehr deutlicher Flagge zeigen, wenn sie ihrer Kirche als „Anwältin der Armen“ und als festen Anker für Menschenrechte in einer gerechten und umweltverträglichen Wirtschaftsordnung und einer völkerübergreifenden Friedensarbeit den Rücken stärken wollen. Was muss eigentlich noch geschehen, bis wir endlich für alle wahrnehmbar wach werden!

In diesem Sinne wünsche ich der 49. Bundestagung des EAK einen ebenso fröhlichen wie erfolgreichen Aufbruch.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands
Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands



RCDS Bundesverband

Bundsvorsitzender

Erik Bertram

Paul-Lincke-Ufer 8 b
10999 Berlin

Tel.: 030 616518-11
Fax: 030 616518-40
E-Mail: vorsitzender@rcds.de

Deutsche Kreditbank AG Berlin
Konto: 100 118 17 73
BLZ: 120 300 00

RCDS Bundesverband • Paul-Lincke-Ufer 8 b • 10999 Berlin

An
die Teilnehmer zur 49. Bundestagung des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

7. Juni 2013

**Grußwort zur
49. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Berlin**

Sehr geehrter Herr Bundsvorsitzender, lieber Thomas Rachel,
liebe Freundinnen und Freunde im Evangelischen Arbeitskreis,
sehr geehrte Delegierte,

zur 49. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Berlin übersende ich Ihnen im Namen des Rings Christlich-Demokratischer Studenten und ganz persönlich meine herzlichen Grüße.

Mit dem Titel Ihrer Bundestagung „Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat“ sprechen Sie ein wichtiges Thema in der tagespolitischen Debatte an. Im Zuge der Säkularisierung bedarf es unbedingt einer ethisch-moralischen Debatte darüber, wie es gelingen kann, heterogener werdende Religionsgruppen in unserem Land auf Basis eines gemeinsamen Werteverständnisses zusammenzuführen und einer Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Ich bin sicher, dass Ihre Tagung dazu tragfähige Antworten liefern wird.

Die Aufgabe des EAK ist es seit 1952, den Austausch zwischen Politik und Kirche zu fördern sowie gesellschaftliche Diskussionen anzuregen und zu begleiten. Ich bin mir sicher, dass auch Ihre diesjährige Bundestagung hierzu wieder einen wichtigen Beitrag leisten wird. Dabei ist es mir ein großes Anliegen, dass der EAK und der RCDS weiterhin so eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten wie bisher, um die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Nur gemeinsam werden wir im Bundestagswahljahr 2013 stark sein und dafür kämpfen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschlands bleibt. An dieser Stelle möchte ich mich auch persönlich sehr herzlich bei Thomas Rachel, der für uns als RCDS-Bundesverband ein wichtiger Ansprechpartner ist, für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit bedanken!

Ihrer Bundestagung wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf und allen Teilnehmern viele spannende Diskussionen und Begegnungen am heutigen Tag. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und Gottes Segen!

Mit freundlichen Grüßen

Erik Bertram
RCDS-Bundsvorsitzender



Frauen Union der CDU · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin

Herrn Thomas Rachel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Berlin, 07.06.13

Lieber Thomas Rachel,
sehr geehrte Delegierte und Gäste,

zur 49. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sende ich viele Grüße. Es hat mich sehr gefreut, dass die unmittelbare Standgemeinschaft von Frauen Union und EAK beim Evangelischen Kirchentag wieder ein voller Erfolg war. Für diese gute und bewährte Zusammenarbeit möchte ich mich ausdrücklich und herzlich bedanken.

Auf der Agenda der Frauen Union steht die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente ganz oben. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Beseitigung der Gerechtigkeitslücke zwischen jungen und älteren Müttern bei der Rentenberechnung ein. Denn aktuell werden jungen Müttern drei Entgeltpunkte pro Kind in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet. Ältere Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern bekommen nur einen Entgeltpunkt. Das wollen wir ändern und damit Gerechtigkeit schaffen.

Im März ist uns der Durchbruch gelungen. Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Ministerpräsident Horst Seehofer, haben zugesagt, Kindererziehungszeiten in der Rente schrittweise besser anzuerkennen. Mütter sollen für ihre vor 1992 geborenen Kinder einen zusätzlichen Entgeltpunkt pro Kind angerechnet bekommen. Davon werden alle Mütter profitieren, sowohl die, die bereits in Rente sind, als auch jene, die zukünftig in Rente gehen. Ich freue mich sehr, dass diese Zusage in unserem Regierungsprogramm verankert wird.

Für Ihre Bundestagung wünsche ich zukunftsweisende Diskussionen und viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

**Frauen Union der
CDU Deutschlands**

Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon 030/22070-452
Telefax 030/22070-439
www.frauenunion.de
fu@cdu.de

Bundesvorsitzende
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB



JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS

DER BUNDESVORSITZENDE

Philipp Mißfelder

Inselstraße 1 b
10179 Berlin

Tel.: 030/278787 – 0

Fax: 030/278787 – 20

www.junge-union.de

Grußwort zur
49. Bundestagung des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
am 7. Juni 2013
in Berlin

Berlin, im Juni 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Thomas,

im Namen der Jungen Union Deutschlands, vor allem aber persönlich, übersende ich Ihnen die besten Grüße und wünsche Ihrer Bundestagung einen guten und erfolgreichen Verlauf. Ich bedanke mich für Ihre freundliche Einladung, der ich leider aufgrund anderweitiger Verpflichtungen nicht folgen kann, freue mich aber auf die kommenden Treffen mit Ihnen und unseren weiteren Austausch.

„Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat“ lautet das Motto Ihrer diesjährigen Bundestagung. Damit greifen Sie in gewohnter Weise ein zeitgemäßes und spannendes Thema auf. Die aktuelle Diskussion um die Unterstützung der Kirchen durch den Staat und die Sonderstellung der Kirchen im Arbeitsrecht darf nicht die wichtige und einzigartige gesellschaftliche Funktion der organisierten Glaubensgemeinschaften ausblenden. Die Kirchen sind ein moralischer und sozialer Stützpfiler unserer Gesellschaft und übernehmen viele soziale und karitative Aufgaben, die den Staat finanziell und personell überfordern würden.

Unter dem Vorwand der Säkularisierung des Staates versuchen Parteien des linken Spektrums, die Glaubensgemeinschaften und ihre Werte und Ansichten aus dem öffentlichen und sozialen Leben zu verdrängen. Den Kirchen wird das Recht auf Interessensvertretung abgesprochen, das für so manche linke, weltfremde und teilweise extremistische Minderheiten eingefordert wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass christliche Glaubensgemeinschaften in unserer christlich geprägten Heimat in die Defensive abgedrängt und mundtot gemacht werden. Gemeinsam werden wir weiterhin dafür sorgen, dass kirchliche Interessen und Werte in der Politik stark vertreten sind.

An dieser Stelle möchte ich dem Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, meinem Kollegen Thomas Rachel MdB, für seinen nimmermüden Einsatz und sein großes Engagement danken.

Für Ihre 49. Bundestagung wünsche ich Ihnen alles Gute, interessante Gespräche und Gottes Segen. Ich freue mich auf die Fortsetzung unserer erfolgreichen Zusammenarbeit!

Mit den besten Grüßen

Philipp Mißfelder MdB
Bundesvorsitzender



KPV KOMMUNALPOLITISCHE
VEREINIGUNG DER CDU UND CSU
DEUTSCHLANDS

An die
Delegierten der 49. Bundestagung des
Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Berlin, im Juni 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen allen übermittle ich die herzlichsten Grüße der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der 49. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Berlin.

„Das zukünftige Verhältnis von Kirche und Staat“ – das Motto Ihrer diesjährigen Zusammenkunft wird gerade aktuell im politischen Geschehen debattiert. Immer wieder wird von verschiedenen Initiativen und Politikern die Aufhebung der Staatsleistungen an die evangelische und die katholische Kirche gefordert. Kirche und Staat stehen heute in der Bundesrepublik Deutschland in einem Verhältnis, das sich in Jahrhunderte langen Auseinandersetzungen zunächst um grundsätzliche Unterscheidung, sodann um gegenseitige Beeinflussung und im Zuge der Reformation auch um den rechten Glauben ausgeformt hat. Aufgrund unterschiedlichster Entscheidungen, wie z.B. der Weigerung der Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach im Land Brandenburg oder der Erklärung der Verfassungswidrigkeit der Anordnung von Wandkreuzen an bayerischen Schulen, ist das partnerschaftlich-kooperative Verhältnis von Kirche und Staat immer wieder gewissen Belastungen ausgesetzt.

Daher ist es so bedeutend, dass sich Ihre Vereinigung dieses Thema auf die Agenda geschrieben hat und mit namhaften Vertretern aus Politik und Kirche diskutiert, um eine mögliche Orientierung zu finden und deutlich nach außen zu tragen.

Ich wünsche Ihrer Tagung anregende Diskussionen und interessante Gespräche. Auch für Ihre zukünftige Arbeit wünschen wir Ihnen allen erdenklichen Erfolg, viel Freude und verbleiben

mit den besten Grüßen

Ihr

Peter Götz MdB
Bundesvorsitzender